Ressort: Politik

FDP will einheitliches Rentenrecht zügig durchsetzen

Berlin, 21.03.2013, 00:00 Uhr

GDN - Angesichts der deutlich unterschiedlichen Rentenentwicklung zum 1. Juli 2013 dringt die FDP auf ein einheitliches Rentenrecht in West- und Ostdeutschland. "Hätten wir bereits ein einheitliches Rentenrecht, würden die Bezüge im Juli nicht unterschiedlich stark steigen", sagte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Heinrich Kolb, der "Bild-Zeitung" (Donnerstagausgabe).

Schwarz-Gelb habe im Koalitionsvertrag eine entsprechende Änderung vereinbart. "Leider ist das Vorhaben bisher am Widerstand der Ost-Ministerpräsidenten gescheitert", sagte Kolb der Zeitung. Jetzt müsse man einen neuen Versuch unternehmen. Kolb forderte die Ministerpräsidenten auf, ihren Widerstand aufzugeben. Die Bezüge der rund 20,4 Millionen Rentner steigen zur Jahresmitte unterschiedlich hoch: Im Westen gibt es ein Plus von 0,25 Prozent, im Osten dagegen von 3,29 Prozent.

Bericht online:

https://www.germandailvnews.com/bericht-10294/fdp-will-einheitliches-rentenrecht-zuegig-durchsetzen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD 483 Green Lanes UK, London N13NV 4BS contact (at) unitedpressagency.com Official Federal Reg. No. 7442619